

Momentum 18: Klasse

Social Investment and Socio-Economic Inequality

A Territorial Sensitive Study of Austria.

Mathias Lipp

Student der Universität Wien

### **Abstract**

Die sozialen Risiken des 21. Jahrhunderts verlangen nach einer Reformierung des Wohlfahrtsstaates (vgl. Morel et al. 2012, S.1). Es wird nach neuen Maßnahmen verlangt um den Herausforderungen, wie atypische Arbeitsverhältnisse oder Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken (vgl. Hemerijck 2017, S. 7). Durch den Social Investment Ansatz bekommt der Wohlfahrtsstaat die Möglichkeit diese neuen sozialen Risiken zu bewältigen und diese auf eine effizientere Art und Weise zu adressieren (vgl. Morel *et al.* 2012, S.352). Durch die Investition in das Humankapital soll das Individuum die Möglichkeit erhalten sich selbst vor Armut und sozialer Exklusion zu schützen. Im genauen wurden drei politische Richtlinien definiert, die unter den Social Investment Ansatz fallen:

- politische Richtlinien, die die Weiterentwicklung des Humankapitals fördern (vgl. Kazepov und Ranci 2017, S. 92)
- politische Richtlinien, die den dem Individuum den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt erleichtern sollten (vgl. Kazepov und Ranci 2017, S. 92)
- politische Richtlinien, die die soziale Sicherheit und die ökonomische Stabilität unterstützen (vgl. Kazepov und Ranci 2017, S. 92)

Sozialpolitische Maßnahmen, wie die Kinderbetreuung, die Aus- und Weiterbildung sollen die Entwicklung in das Humankapital fördern. Das Individuum bekommt somit die notwendigen Ressourcen um sich selbst vor Armut und sozialer Exklusion zu schützen (vgl. Morel et al. 2012, S.2).

Doch neue Studien zeigen, dass dieser Ansatz auch negative Folgen haben kann (vgl. Kazepov und Ranci 2017, S. 92). Der Social Investment Ansatz wird als universelles Mittel verwendet, ohne auf die sozioökonomischen Bedingungen und die institutionelle Architektur eines Landes Rücksicht zu nehmen (vgl. Kazepov und Ranci 2017, S. 92).

Zum Beispiel ist Österreich ein föderal organisierter Staat, das bedeutet, dass jedem Bundesland gewisse Kompetenzen zugeordnet werden. Die Kinderbetreuung in Österreich fällt unter eine solche Regelung, was zur Folge hat, dass sich das Angebot, die Kosten und der Service in jedem Bundesland unterscheiden (Republik Österreich 2017). Damit stellt sich die Frage, ob durch diesen staatlichen Aufbau, Ungleichheiten in ein und demselben Wohlfahrtsstaat entstehen. Sind Personen in einem Bundesland

bessergestellt als in einem anderen? Außerdem verlangen rurale Gebiete möglicherweise nach anderen Maßnahmen als urbane Gebiete?

Mit dieser Thematik beschäftige ich mich in meiner Masterarbeit mit dem Titel: Social Investment and Socio-Economic Inequality A Territorial Sensitive Study of Austria.

Meine Forschung soll zeigen, welchen Einfluss Social Investments auf den sozioökonomischen Status einer Person haben. Zusätzlich wird auf die urbane und rurale Typologie des Landes Rücksicht genommen.

Des Weiteren gehe ich auf die institutionellen Bedingungen in Österreich ein. Neben der qualitativen Analyse der institutionellen Architektur liegt mein Hauptaugenmerk in der quantitativen Analyse. Damit soll gezeigt werden, dass neben der Klasse und dem Geschlecht auch der Wohnort als eine Dimension der sozialen Ungleichheit definiert werden kann. Um meine Forschungsfrage zu beantworten verwende ich im ersten Schritt eine Mehrebenenanalyse und im zweiten Schritt einen „machine learning algorithm on regression and model trees“.

Dieses Vorgehen soll mir ermöglichen die Beziehung zwischen den einzelnen Dimensionen zu analysieren. Ich möchte den Rahmen des Momentum Kongresses dazu nützen, um meine Forschungsergebnisse zu präsentieren und einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen.

## **Literatur**

Hemerijck, A., Hrsg. 2017. *The uses of social investment*. First edition. Oxford: Oxford University Press.

Kazepov, Yuri, und Costanzo Ranci. 2017. Is every country fit for social investment? Italy as an adverse case. *Journal of European Social Policy* 27: 90–104.

Morel, Nathalie, Bruno Palier, und Joakim Palme, Hrsg. 2012. *Towards a social investment welfare state? ideas, policies and challenges*. Bristol: Policy Press.

Republik Österreich. 2017. Das bundesstaatliche Prinzip. *Republik Österreich Parlament*. <https://www.parlament.gv.at/PERK/BOE/PR/>.